



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

Kleine Anfrage nach § 24 BezVG öffentlich	Drucksachen-Nr.: 20-2753
	Datum: 04.03.2016
von Herrn Bohlen, CDU	Aktenzeichen: 123.30-11

Beratungsfolge	
	Datum
Gremium	

Kate im Kellinghusenpark - Nutzung durch BUND gefährdet? Kleine Anfrage Nr. 51/2016 von Herrn Bohlen, CDU-Fraktion

Sachverhalt:

Nachdem die Kate im Kellinghusenpark - das Haus der BUNDten Natur - im September 2014 bis auf die Grundmauern abgebrannt war, wurde es seit Anfang September 2015 endlich wiederaufgebaut.

Inzwischen hat die Kate wieder Gestalt angenommen und kann durch den BUND wieder genutzt werden.

Der BUND ist jedoch im Vorwege der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses an Mitglieder des Ausschusses herantreten und berichtete von aktuellen Entwicklungen, die die künftige und weitere Nutzung durch den BUND gefährden könnten.

So laufe der aktuelle Nutzungsvertrag des BUND mit dem Bezirksamt Hamburg-Nord in Kürze aus, sodass ab dem 01.04. ein neuer Vertrag zustande kommen müsse, sofern das Haus der BUNDten Natur in seiner jetzigen bisherigen Form erhalten bleiben soll. Verlangte der Bezirk bisher bei derartigen Trägern eine symbolische Miete von in diesem Fall bisher 100 DM (etwa 58 Euro) pro Jahr für die Nutzung der Kate im Kellinghusenpark, so sei vom Fachamt Management des öffentlichen Raumes (M/R) und somit vom Bezirk Hamburg-Nord künftig eine ortsübliche Kaltmiete i.H.v. 455 Euro monatlich avisiert.

Dies wäre für den BUND in dieser Form nicht leistbar, sodass es fraglich erscheint, ob der BUND seine Umweltbildungs- und Jugendarbeit auch künftig im Herzen von Eppendorf leisten kann.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Herrn Bezirksamtsleiter:

1. *Wie war der bisherige Nutzungsvertrag mit dem BUND hinsichtlich der Kate im Kellinghusenpark ausgestaltet und welche/s Miete/Pacht/Nutzungsentgelt wurde bisher vom Bezirksamt Hamburg-Nord vom BUND verlangt und unter welchen Voraussetzungen?
(Bitte den Nutzungsvertrag in Kopie anbei fügen.)*
2. *Entspricht es den Tatsachen, dass es das zuständige Fachamt im Bezirksamt Hamburg-Nord in Erwägung gezogen hat den Nutzungsvertrag der Kate im Kellinghusenpark mit dem BUND unter Verlangung einer ortsüblichen Miete zu verlängern und wenn ja, warum und durch wen wurde diese Entscheidung getroffen und welche Rolle hat hierbei der Bezirksamtsleiter Rösler gespielt?*
3. *Welche Gründe haben das Bezirksamt Hamburg-Nord konkret dazu veranlasst, abweichend von der bisherigen und gängigen Praxis, eine ortsübliche Miete für den Nutzungsvertrag mit dem BUND zu avisieren?*
4. *Hält der Bezirk auch nach Bekanntwerden dieser Tatsache nach wie vor daran fest eine ortsübliche Miete für die Nutzung der Kate vom BUND zu verlangen und wenn ja, warum? Wenn nein, welche Einigung/welcher Kompromiss konnte mit dem BUND gefunden werden? Welche Überlegungen gibt es aktuell, sofern noch kein Kompromiss gefunden wurde?*
5. *Welche sonstigen vertraglichen Vereinbarungen sind aktuell beim Bezirksamt in der Überlegung, die vom bisherigen Nutzungsvertrag mit dem BUND abweichen?*
6. *Kann der Bezirk durch seine Bestrebungen einen für den BUND tragfähigen Nutzungsvertrag zu gestalten, sicherstellen, dass auch künftig die Arbeit des BUND im Bereich der Umweltbildungs- und Jugendarbeit in Eppendorf gewährleistet wird und wenn ja wie?*

Vorbemerkung:

Mehrjährige Nutzungsverträge unterliegen der Kontrolle der ehrenamtlichen Gremien; sie werden in nicht-öffentlicher Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit bzw. des Hauptausschusses vorgestellt. Die Übermittlung von Vertragsinhalten im Rahmen einer Kleinen Anfrage kann aus Datenschutzgründen nicht erfolgen. Da das Problem im Februar 2016 gelöst wurde, wird die Kleine Anfrage zusammenfassend wie folgt beantwortet:

Zu 1-6:

Der vorangestellte Sachverhalt ist überwiegend zutreffend beschrieben. Im Zuge der Verhandlungen über die Konditionen für den neu abzuschließenden Nutzungsvertrag haben sich Bezirksamt und BUND auf einen vernünftigen Kompromiss geeinigt. Der Bezirksamtsleiter war hieran beteiligt. Das Bezirksamt wird den neuen Vertrag dem WIA zu dessen Sitzung am 20.04.2016 vorlegen.

11.03.2016

Harald Rösler

Anlage/n:

Keine